

Hamminkeln, den 18.02.2014

Zusammenschluss  
„Gegen Gasbohren“



Offener Brief  
An die Abgeordneten des 18. Deutschen Bundestages  
in Berlin

Betreff: Warnung vor der Zustimmung zu dem Freihandelsabkommen „CETA“ zwischen Kanada und den Ländern der EU, das bald abgeschlossen und anschließend ratifiziert werden könnte.

Sogenannte „Investor-Schutzklauseln“ (ISDS) erlauben es darin – wie bei TTIP – den Großkonzernen, Nationalstaaten zu verklagen, wenn ihnen deren Gesetze hinderlich erscheinen.

Sehr geehrte Abgeordnete, sehr geehrter Abgeordneter,

vor Ihnen allen im Bundestag, und auch im EU-Parlament, liegt ein Sommer voller äußerst bedeutsamer Entscheidungen.

**Das zum Abschluss und baldiger anschließender erhoffter Ratifizierung anstehende Freihandelsabkommen „CETA“ der EU mit Kanada**, das bereits 2013 weitgehend verhandelt wurde, birgt ein ganzes Bündel besonderer Gefahren für die EU und uns Bürger der EU, die öffentlich völlig verschwiegen wurden und weiter werden.

Auch diese Verhandlungen sind von der EU-Kommission unter strenger Geheimhaltung und unter Ausschluss der Öffentlichkeit und unter Ausschluss auch von Ihnen, unseren gewählten Volksvertretern, durchgeführt worden, ohne dass bisher bekannt gemacht wurde, welche Inhalte darin im Detail enthalten sind.

**Einige Dinge sind aber deutlich geworden:**

über Investor-Schutzklauseln „Investor-State-Dispute-Settlement“ (ISDS) können Großkonzerne die Gesetze und Verordnungen von Vertragsstaaten aushebeln; durch die gemeinsame Mitgliedschaft von Kanada und den USA in der „NAFTA“-Freihandelszone sitzen die USA automatisch mit am Tisch, wenn die EU mit Kanada zur Ratifizierung kommen sollte, zudem haben alle US-Großkonzerne kanadische Töchter; Kanada, als Mitglied der NAFTA-Zone wird in diesem Jahr den „TPP“-Freihandelsvertrag der NAFTA mit dem südostasiatischen Freihandelsverbund „TPSEP“ abschließen und anschließend ratifizieren, der ebenfalls im Jahr 2013 weitgehend ausgehandelt wurde. Damit kämen 6 asiatische Länder mit hinzu, deren Großkonzerne dann ebenfalls ISDS-Klauseln anwenden könnten. Und diese Konzerne haben in vielen Dingen noch gänzlich andere Wertvorstellungen als wir in Europa.

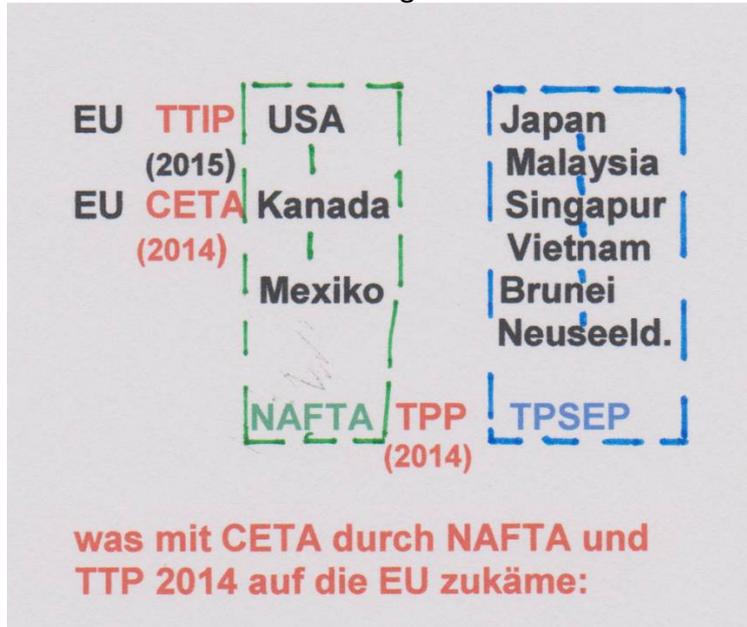
Wird die EU und wird Deutschland durch solche Vertragsbindungen daran gehindert, die eigenen berechtigten Interessen im Namen der Bevölkerung wahrzunehmen, dürfen Sie solchen Verträgen auf keinen Fall Ihre Zustimmung geben.

Die einseitige, stark der Wirtschaft zugeneigte, Haltung der EU-Kommission in Brüssel führt dazu, dass der begründete Verdacht entsteht, dass unsere europäischen und auch deutschen Standards auf den verschiedensten Gebieten den Interessen der Internationalen Großkonzerne geopfert werden sollen.

Beschwichtigungsversuche der EU-Kommission reichen keineswegs aus, um unsere Sorgen zu zerstreuen, denn in Brüssel wird geheim endverhandelt. Erst wenn die ausgehandelten Verträge, bevor sie unterschrieben werden, vollständig zur Prüfung vorgelegt haben und ausreichend Zeit zu ihrer Prüfung und der notwendigen öffentlichen Diskussion gegeben war, kann entschieden werden, ob diese Inhalte unterschriftsreif sind, oder nicht.

an die Bundestagsabgeordneten des 18. Deutschen Bundestages zum  
Freihandelsabkommen „CETA“ mit Kanada.

**Daher fordern wir Sie auf: verlangen sie Aufklärung und Debatte zum Thema und zu Inhalten und verweigern Sie Ihre Zustimmung im Parlament** zu allem was mehr als direkte Handelserleichterungen im Außenhandel bedeutet.



Das Wirksamwerden dieses Vertrages bringt so weitreichende Eingriffsmöglichkeiten in die Gesetze und Verordnungen unseres Landes, dass es den Internationalen Konzernen möglich wird, Schritt für Schritt unsere Lebensbedingungen und Sozialstandards nach unten zu verändern und, bei Weigerung unserer Regierung, riesige Vertragsstrafen im privaten Schiedsgerichtsverfahren zu erklagen, die unser Land in finanzielle Bedrängnis bringen können.

Die von den Befürwortern so gern behaupteten Vorteile, wie „vermehrter Handel“, „vermehrte Dienstleistungsangebote“, „Zunahme an Beschäftigung und damit Bedarf an mehr Arbeitskräften“, „Steigerung des BIP“ haben sich bis jetzt bei ähnlichen Abkommen nicht eindeutig nachweisen lassen, eher – im Falle NAFTA – war es umgekehrt, Kanada und Mexiko wurden zunehmend abhängiger von den USA, ohne selbst deutliche Vorteile zu gewinnen.

Unser Außenhandel ist durch die hohe Güte und hohe Effizienz der Exporteure zu einem der führenden in der Welt geworden. Zusammen mit generell nur noch geringen Zollbarrieren gibt es keinen Verbesserungsbedarf, der solche hohen Wagnisse für unser Staatswesen und unsere Rechtsordnung einzugehen erforderlich machen würde.

In der Hoffnung, Ihnen mit unseren Informationen die Grundlage für eine gute Entscheidung für Deutschland geben zu können, grüßen wir Sie freundlich.

Gabriele Obschernicat, Marianne Juhre, David Widmayer und Volker Fritz  
im Zusammenschluss „Gegen Gasbohren“